

**Beschluss des 118. Landesparteitages der FDP Hamburg  
vom 1./2. April 2023**

## **Für eine genderneutrale Sprache - ohne Sternchen, Strich und Doppelpunkt**

Die FDP Hamburg setzt sich auch in Fragen der Sprach- und Schreibkultur für einen liberalen Umgang mit der deutschen Sprache und gegen ihre politische Instrumentalisierung ein.

Sprachliche Veränderungen folgen der kulturellen Entwicklung. Eingriffe in diese Entwicklung per Gesetz oder Vorschrift durch erfundene Schreib- und Sprechweisen widersprechen unserem Verständnis einer liberalen Kommunikationsentwicklung. Die behördeninterne Verpflichtung zum Asterisk ("Gendersternchen"), Doppelpunkt oder zu anderen verkürzende Zeichen zwecks Kenntlichmachung mehrgeschlechtlicher Bedeutungen stellen einen solchen Eingriff dar, den wir ablehnen.

Mit entsprechenden Vorgaben für eine gendersensible Sprache sollen die politischen Instrumente zwangsweise geschaffen werden, die deutsche Sprache und damit das gesellschaftliche Denken zu etwas zu verändern, was manche für inklusive Kommunikation halten.

In Wahrheit schließen solche künstlichen Schreibweisen jedoch nicht ein, sondern aus. Nicht nur in Kitas und an Schulen wird das Erlernen von Sprachkompetenz erschwert. Auch Erwachsenen mit geringerer Literalität werden Verständnisschwierigkeiten mit geschriebenen wie gesprochenen Texten zugemutet. Menschen aus anderen Sprachräumen, die bei uns leben möchten, erhalten zusätzliche Schwierigkeiten oktroyiert, Deutsch als Zweit- oder Drittsprache zu erlernen. In vielen Fällen würde sich dies als Integrationshemmnis erweisen. Mögen akademisch

gebildete Kreise auch keine Schwierigkeiten mit entsprechenden Vorschlägen haben, muss Sprache unserer Meinung nach standardisiert für alle Menschen sprech-, schreib- und vorlesbar sein. Der hindernisfreie Erwerb von Sprachkompetenz ist für uns unabdingbare Voraussetzung für das Grundrecht jeder Person auf Bildung.

Die letzte Reform der deutschen Rechtschreibung ist mittlerweile allgemein akzeptiert und etabliert. Sie ist durch internationale Vereinbarungen und innerstaatliche Beschlüsse und Verordnungen als amtliche deutsche Rechtschreibung für Behörden und staatliche Bildungseinrichtungen verbindlich und wird vom Rat für deutsche Rechtschreibung anhand seiner Beobachtung der Sprachkultur im deutschen Sprachraum fortentwickelt. Dies schließt hinreichend ein, dass eine höhere Geschlechtersensibilität und Geschlechtergerechtigkeit als gesellschaftliche Entwicklung auch Einzug in die Rechtschreibung halten kann, nachdem sie als Teil einer gesellschaftlichen Entwicklung allgemeine Akzeptanz gefunden hat. Von einer isolierten Abweichung von dieser amtlichen Rechtschreibung durch vereinzelte Hamburger Behörden halten wir nichts.

Grundsatz unseres politischen Handelns ist, dass jeder Mensch nach eigener Fassung glücklich werden soll. Liberale stellen das Individuum in den Mittelpunkt. Wir akzeptieren und achten daher jede geschlechtliche und sexuelle Identität gleichermaßen. Dies wollen auch wir in unserer Sprache zum Ausdruck bringen. Wir verstehen, dass niemand "mit" - gemeint sein möchte. Eine geschlechtergerechte Sprache für alle Menschen kommt aber auch ohne Sternchen, Doppelpunkt und ähnlichem aus. Sie muss insbesondere verständlich, lesbar und vorlesbar bleiben. Nur dann kann sie auch alle erreichen. Von Personen, die Sprachkonservatismus vorgeben, um der Intoleranz gegenüber geschlechtlichen Identitäten und Zuneigungen Vorschub zu leisten, distanzieren wir uns.

Aus diesen Gründen

1. erwartet die FDP Hamburg weiterhin von allen öffentlich-rechtlichen Institutionen die Anwendung der amtlichen deutschen Rechtschreibung, wie sie auf Beschluss der 16 deutschen Ministerpräsidenten zum 1. August 2006 für alle Behörden und Schulen in Kraft getreten ist und vom Rat für deutsche Rechtschreibung auf nationaler und internationaler Ebene fortgeschrieben wird;

2. fordern wir den Hamburger Senat auf, die Anwendung dieser amtlichen Rechtschreibung im Rahmen seiner Weisungsbefugnisse und Einflussmöglichkeiten in staatlichen Institutionen und Bildungseinrichtungen sowie öffentlichen Unternehmen für deren Kommunikation und Unterricht sicherzustellen;
3. begrüßen wir, wenn sich die oben genannten Einrichtungen im Rahmen der amtlichen deutschen Rechtschreibung um eine gendersensible und inklusive Ausdrucksweise nach Kriterien bemühen, wie sie der Rat für deutsche Rechtschreibung zuletzt am 26. März 2021 vorgeschlagen hat.

Da die FDP Hamburg die Aussagen in der Begründung der Hamburger Volksinitiative „Schluss mit Gendersprache in Verwaltung und Bildung“ ablehnt, wird sie diese Initiative organisatorisch nicht unterstützen.